

Sitzung Nr. 9 vom 13. November 2012

Vorsitz Boris Banga, Stadtpräsident

Anwesend Alex Kaufmann
Remo Bill
Urs Wirth
Anna Duca (Ersatz)
Thomas Furrer (Ersatz)
Aldo Bigolin
Hubert Bläsi
Renato Müller
Reto Mosimann
Ivo von Büren
Marc Willemin
Richard Aschberger (Ersatz)
Thomas Marti
Andreas Kummer

Entschuldigt Clivia Wullimann
Daniel Trummer
Heinz Müller

Anwesend von Amtes wegen Claude Barbey, Stadtbaumeister
Robert Gerber, Leiter Sicherheits- und Bereitschaftsdienste
Jeannette König, Mitglied FKSG
Roger Kurt, Vorsitzender GLSG
Urs Wirth, Schulleitung HPS
Luzia Meister, Stadtschreiberin
Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Stadtschreiberin-
Stellvertreterin (Protokoll)

Dauer der Sitzung 17:00 Uhr - 18:35 Uhr

TRAKTANDEN (2644 - 2644)

1 Protokoll der Sitzung Nr. 8 vom 30. Oktober 2012: Beschluss Nr. 2639 (Genehmigung u.a. im Hinblick auf die GV vom 04.12.2012)

- 2 2644 Überparteiliches Postulat (SVP, CVP, FDP): Rückbau von T30 Zonen auf T50 Zonen, Streichung weiterer T30 Zonen / Überprüfung der problematischen Strassen / Weiteres Vorgehen
- 3 2645 Fachkommission Schulen Grenchen: Reporting 2011/2012
- 4 2646 Schulen Grenchen: Reporting 2011/2012
- 5 2647 Statistiken und Prognosen aus verschiedenen Schulbereichen der Stadt Grenchen / Genehmigung des Pensenantrages an den Kanton für das Schuljahr 2013/14
- 6 2644 Neue Trägerschaft für den Heilpädagogischen Dienst (HPD) / Überführung des HPD in das Sonderpädagogische Zentrum Bachtelen

- o -

Protokoll der Sitzung Nr. 8 vom 30. Oktober 2012: Der Beschluss Nr. 2639 (Genehmigung u.a. im Hinblick auf die GV vom 04.12.2012) wird genehmigt.

- o -

Überparteiliches Postulat (SVP, CVP, FDP): Rückbau von T30 Zonen auf T50 Zonen, Streichung weiterer T30 Zonen / Überprüfung der problematischen Strassen / Weiteres Vorgehen

Vorlage: BAPLUKB 101/22.08.2012

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Stadtpräsident Boris Banga weist vorab darauf hin, dass am 12. November 2012 die Petition „Tempo 30-Zone an der Kastelsstrasse (ab Kreisel Gassler) soll in der bestehenden Form erhalten bleiben“ mit 140 Unterschriften eingereicht wurde.
- 1.2. Stadtbaumeister Claude Barbey erläutert anhand von Schaubildern die Vorlage und gibt ergänzende Erläuterungen.
- 1.3. Für Robert Gerber gilt wie in allen Fällen das Primat der Politik. Wenn die Exekutive verlangt, dass die Tempo-30-Zonen rückgängig gemacht werden, dann wird die Polizei Stadt Grenchen den Entscheid umsetzen. Wenn dann weitere Petitionen eingehen – das könnte leicht der Fall sein, denn in regelmässige Abständen erhalten die Polizei und die Stadtkanzlei Briefe aus verschiedenen Quartieren, wann endlich die Tempo-30-Zonen eingeführt werden - dann muss die Angelegenheit wieder neu beurteilt werden .

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderat Marc Willemin hält folgendes Votum:

Ich möchte festhalten, dass dieses Votum nicht auf eine einzelne Person gerichtet ist, sondern auf die Umstände, die diese T30-Zonen hervorrufen.

Die SVP als Partei, ich durch meine Arbeit und meinen Beruf, stehen ganz sicher für die Sicherheit im Strassenverkehr ein. Um auch weitere Meinungen einzuholen, habe ich meine Arbeitskollegen gebeten, die besagten Strassen zu befahren. Die Antwort ist klar: keine Tempo-30-Zone. Wir sind ganz und gar nicht gegen Tempo 30, einfach dort wo es Sinn macht und das Ziel erreicht wird. Die Argumente für eine Tempo-30-Zone in den erwähnten Gebieten, Kastelsstrasse, Rebgasse, (bereits bestehend) und der Schöneggstrasse, (geplant) sind bei eingehender Überprüfung mehrheitlich an den Haaren herbeigezogen. Teilweise entsprechen sie nicht einmal der Wahrheit und den wahren Gegebenheiten. Es darf nicht sein, dass die Bürger und Bürgerinnen immer und überall bevormundet werden müssen. Es darf verlangt werden, und ist auch vorhanden, dass ein Verantwortungsgefühl bei den Fahrzeugführern und Führerinnen mehrheitlich besteht und gelebt wird. Raser und die, die es noch werden wollen, müssen ganz anders erfasst werden.

Von einem qualitativ guten Wohnraum kann in Quartieren nicht gesprochen werden, wenn die Quartierbewohner/innen nur den alle 15 Minuten vorbeifahrenden Bus hören, der zu allem noch halb leer bis leer ist, je nach Tageszeit und Wochentag. Andere Fahrzeuge sind nur schwer hörbar, auch bei Tempo 50. Dass Busse in diesen Gegenden fahren müssen, ist klar. Vielleicht darf es ein bisschen kleiner sein. Aber das obige Argument wird so schon fraglich.

Ebenso wird die Umweltbelastung bei Tempo 30 durch Abgase ganz sicher nicht verbessert. Solche Aussagen sind völlig aus der Luft gegriffen. Das Gefälle resp. die Steigung steigert den Ausstoss an Abgase noch erheblich. Der Bremsstaub durch übermässiges Bremsen hilft der Belastung der Luft zusätzlich (Problem Feinstaub).

Die Signalisationsverordnung Art. 108 Abs.2 hält Folgendes fest: Tempo 30, wenn die Gefahr nur schwer oder nicht rechtzeitig erkennbar ist. Wenn nach vorne geschaut wird und nicht der Tacho immer überprüft werden muss, sind die Gefahren überall zu erkennen. Und ein Satz muss ganz sicher auch erwähnt werden: Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit ist zu wahren. Mit den bestehenden Argumentationen können praktisch alle Strassen mit einer Tempo-30-Zone in einer Stadt belastet werden oder eben auch nicht. In den vorliegenden Fällen ist dies so.

In der Vorlage wird Vieles geschrieben und viel Unlogisches hervorgehoben, ebenso wird das eine oder andere weggelassen. So wird der südlichste Abschnitt der Kastelsstrasse in der Beurteilung weggelassen. Dabei ist der Kreisel als Abschluss am Ende einer langen Geraden mit ziemlich viel Gefälle eine Falle, die irgendeinmal einer/m Verkehrsteilnehmer/in zum Verhängnis werden kann. Auf der geraden Linie können Zweiradfahrer/innen ohne abzubremsen in den Kreisel einfahren. Gerade Schüler und Schülerinnen, denen die nötige Erfahrung fehlt sind besonders gefährdet. Muss ein Fahrzeug im Kreisel aus irgendwelchen Gründen halten, so wird der Zweiradfahrer/in praktisch keine Chance haben, frühzeitig zu bremsen und es kommt zum unvermeidlichen Zusammenstoss mit wahrscheinlich schwerwiegenden Folgen. Maximalgeschwindigkeiten können nicht mit einer Tempo-Limite behoben werden. Täglich sind Beispiele in der Zeitung zu lesen, die das bestätigen. Solche Fälle kennt man auch in Grenchen, jedoch an anderen Orten (Stichwort Raserrennen). Wenn dort eine Person im falschen Augenblick am falschen Ort ist wird es sehr gefährlich. Schönenwerd bleibt in Erinnerung. Müssen deswegen wirklich normalfahrende Bürger/innen gebüsst und bestraft werden?

Eine korrekte Aussage von Polizeichef Robert Gerber: „Eine Massnahme ist nur dann sinnvoll wenn sie auch überprüft und kontrolliert werden kann.“ Richtig! Muss in dem Fall die Polizei Stellen kontrollieren, auf denen sich 25 Jahre lang keine nennenswerten Unfälle ereignet haben. Umso mehr die Zeit fehlt, den effektiv gefährlichen Strassenbenützern, den Rasern, den Kampf anzusagen. Bei Einbrüchen und Übergriffen auf Personen ist auch eine rasche und effiziente Präsenz der Polizei gewünscht und erforderlich. Überall kann sie aber nicht sein. So stellt sich die Frage: Was ist wichtiger?

Der Bremsweg berechnet sich immer nach der gleichen Formel und kann bei jeder Geschwindigkeit als Argument herangezogen werden. Lediglich bei der Geschwindigkeit Null ist der Bremsweg auch Null. Ganz klar ist aber auch, dass bei Tempo 50 nicht unbedingt 50 km/h gefahren werden muss. Der gesunde Menschenverstand und das Verantwortungsgefühl unserer Bürger/innen sind gerade von denen, die in diesen Gebieten wohnhaft sind, vorhanden.

Die Zeitspanne in der Vorlage wird mit 7.5 Jahren erwähnt. Anwohner/innen in allen betreffenden Zonen erinnern sich bis zu 25 Jahre zurück. Nie war die Rede von nennenswerten Unfällen, die auf Tempo 50 und früher Tempo 60 zurückzuführen waren, welche mit Tempo 30 nicht passiert wären. Wenn solche Unfälle stattgefunden hätten, wären diese ganz sicher mit aller Deutlichkeit hier erwähnt worden. Das wäre auch ein Grund für Tempo 30. Ein Blinkerglas am Boden oder eine Beule in der Stossstange sind keine Argumente für eine Tempo-30-Zone. Dies kann ebenso auf einem Parkplatz wie vor dem Hause geschehen.

Vergebens werden in der Vorlage die Unfälle auf der Rebgasse gesucht. Der Grund könnte sein, dass sich auf dieser Strecke ein Unfall ereignet hat, in dem ein Fahrradfahrer gestürzt ist und sich Verletzungen zugezogen hat, so dass er mit dem Krankenwagen ins Bürgerspital eingewiesen und anschliessend mit dem Helikopter ins Inselehospital geflogen werden musste, und dies in der kürzlich erstellten Tempo-30-Zone. Das soll lediglich heissen, dass mit Tempo 30 nicht alle Probleme aus der Welt geschafft werden (Weiteres Beispiel siehe Unfall im Kanton Luzern: Kollision Fahrradfahrerin mit Bus und mit tödlichem Ausgang und das in der Tempo-30-Zone).

Das „Elterntaxi“ wurde erwähnt. Dem muss sicher mit anderen Mitteln Einhalt geboten werden. Es kann doch nicht sein, dass korrekte Lenker und Lenkerinnen, die bei geeigneter Situation mit 40 oder 50 km/h fahren, mit Bussen oder sogar Ausweisentzug bestraft werden. Ins Auge gefasst werden muss auch die Tatsache, dass auf den 01.01.2013 die Bussen und Massnahmen für Fahrzeuglenker/innen massiv erhöht werden. Die mag sicher für eine spezielle Fahrergruppe (Raser) sehr sinnvoll sein, jedoch nicht für Normalfahrer, die bei Tempo 30 einmal nach Gefühl korrekt fahren und anschliessend die Leidtragenden sind.

Der Rückbau wird mit max. Fr. 80 000.00 beziffert. Von Gesetzes wegen müssen lediglich die Rabatten am Anfang der Tempo-30-Zone inklusive Signale entfernt werden. Kostenpunkt ca. Fr. 8 000.00. Also eine Null weniger. Da fragen wir uns schon, wie solche Abweichungen entstehen. Die Rückbaukosten werden übertrieben beziffert. Jetzt muss doch auch die Frage aufkommen, wie hoch die Weiterführungskosten noch sind, denn bauliche Nischen sind schon geplant. In der Überprüfung des Kontextplanes wird erwähnt, dass weiterführende Massnahmen ergriffen werden müssen, um die Geschwindigkeiten in den unteren Abschnitten zu reduzieren.

Wie werden diese Kosten begründet? Das betrifft die unteren Abschnitte aller drei Strassen. Die Reduktion auf Tempo 30 kann auf Grund eines Gutachtens herauf- oder herabgesetzt werden. Diese Studien müssen bei jeder Einführung von Tempo 30 gemacht werden. Wie kommt es, dass in der Weststadt Solothurn Tempo 30 eingeführt wird und bei Gefälle resp. Steigung Tempo 30 aufgehoben wird (zu lesen in einem Zeitungsartikel der Solothurnerzeitung)?

Tempo 30 sind nur auf Nebenstrassen mit möglichst gleichartigem Charakter zulässig. So steht es in der SSV Strassensignalisationsverordnung Art. 2a Abs. 5. Das trifft z.B. auf das Gebiet Bucheggstrasse zu, aber nicht auf die Strassen, die hier zur Diskussion stehen.

- Tempo-30-Zonen werden nach 6 Jahren Probezeit in Biberist auf Tempo 50 zurückgebaut.
- Tempo-30-Zone wird in Zuchwil Richtung Sportstätten zurückgebaut, trotz angrenzendem Schulhaus.

Vor der Einführung der Tempo-30-Zonen sollte die betroffene Bevölkerung mit einbezogen werden. Das wird in der Vorlage nicht erwähnt und stichfest dokumentiert. Sind wirklich so viele Betroffene einbezogen worden und wenn ja, von welcher Seite kommen sie?

Hier ein Münsterchen zum Nachdenken: Die Strasse auf den Weissenstein und auch auf den Balmberg ist mit Tempo 80, die Strasse auf den Grenchenberg ist mit Tempo 40. Wer die drei Strassen kennt, fragt sich zu Recht.

Meine Argumente beruhen, nebst den theoretischen, auch gestützt auf die praktischen Erfahrungen die ich in den fast 30 Jahren meiner Tätigkeit aneignen konnte. Die Realität zählt.

Vor Jahren gab eine Kreuzung, die Wengi-Kreuzung von Büren Richtung Bern im Buechiberg viel zu reden. Zwei gerade Strassen eine Kreuzung. Die schwersten Unfälle waren programmiert und auch Tatsache. Die übertriebene Massnahme, vier anstatt zwei Stoppstrassen zu machen, half nichts. Die schweren sind geblieben, weil jeder gedacht hatte, dass der andere ja ein Stoppsignal hat. Mittlerweile wurde auch dieses Problems mittels Kreisel behoben.

Mit diesem Schluss wende ich mich an Euch alle und bitte die Vorlage, erheblich zu erklären. Das heisst ja auch nicht, dass keine Tempo-30 Zonen mehr kommen können, aber es wird vorerst darüber diskutiert.

- 2.2. Thomas Furrer, Ersatz-Gemeinderat, dankt der Baudirektion in Zusammenarbeit für die vorliegende Überprüfung der bestrittenen Strassenabschnitte (Kastelsstrasse, Schöneggstrasse, Rebgasse). Der Bericht „Konzeptplan“ überzeugt, ist fundiert und lesenswert. Die SP ist mit den Aussagen im Bericht grösstenteils einverstanden. Auf der positiven Seite zeigt der Bericht, dass die bereits eingeführten und beabsichtigten Tempo-30-Zonen und Massnahmen Kastelsstrasse, Rebgasse, Schöneggstrasse und Allmendstrasse die gesetzlichen Anforderungen für so eine Temporeduktion erfüllen. Die Tempo-30-Zone zeigt durchaus die gewünschte Wirkung, es wird im Durchschnitt 10 bis 15 km/h weniger schnell gefahren – soll noch jemand sagen, dass das eine schlechte Entwicklung ist - die Unfälle sind nachweislich weniger schlimm, das Fahrverhalten ist angepasster und die Verkehrssicherheit ist grösser. Die Wohn- und Aufenthaltsqualität ist gestiegen und im Fall der Tempo-30-Zone Kastelsstrasse konnte sogar unerwünschter Durchgangsverkehr der Allmendstrasse verhindert oder reduziert werden. Es werden weniger Umwegfahrten produziert. Auf der negativen Seite zeigt der Bericht, dass die gemessenen Geschwindigkeiten in diesen Abschnitten viel zu hoch sind. Der Zielwert von 35 km/h ist noch nicht erreicht. Trotzdem funktionieren die Zonen. 85% aller Fahrzeuge fahren immer noch zu schnell (über 40 km/h). In diesem Zusammenhang ist noch interessant, dass die Höchstgeschwindigkeit im südlichen Abschnitt der Kastelsstrasse, welcher umstritten ist, besser eingehalten wird als im weniger steilen nördlichen Bereich der Kastelsstrasse. Die SP kann einer Erheblicherklärung des Postulats nicht zustimmen. Die Tempo-30-Zonen sollen wie geplant und vorgesehen umgesetzt werden. Die SP wird auch nicht mitmachen, wenn es darum gehen sollte, einzelne Strassenabschnitte von Tempo 30 wieder auf Tempo 50 umzusignalisieren. Sie will auch an der beabsichtigten Tempo-30-Zone an der unteren Schöneggstrasse festhalten. Gerade dieser Abschnitt ist trotz breiter Strasse gefährlich. Er gab dort schon Unfälle. Die SP erachtet es als Schildbürgerstreich und Verschleuderung von Steuergeldern, wenn man die jetzt eingeführten Tempo-30-Zonen zurückbauen würde.

Ob es nun Fr. 8'000.00 oder Fr. 80'000.00 kostet, ist gar nicht so entscheidend. Aber es ist klar, dass man Strassenränder nicht für Fr. 8'000.00 zurückbauen kann. Der Betrag wäre sicher höher als die von der SVP errechneten Fr. 8'000.00. Die SP-Fraktion unterstützt den vorliegenden Beschlussesentwurf.

- 2.3. Laut Gemeinderat Renato Müller sind seit dem Grundsatzentscheid des Gemeinderates im Oktober 2004 zu den Tempo-30-Zonen die seither umgesetzten Tempo-30-Zonen umstritten geblieben - sie sind es heute und werden es auch in Zukunft bleiben. Befürworter und Gegner haben sich regelmässig in Szene gesetzt, sind voll des Lobes gewesen oder geisselten die neuen Tempo-30-Zonen mit den dazugehörigen baulichen Massnahmen mit scharfen Worten.

Die weitere Geschichte ist allen bekannt und hat nun zum vorliegenden überparteilichen Postulat, zur verlangten Überprüfung mit vorliegendem Bericht und zur Vorlage der Baudirektion geführt. In der FDP-Fraktion wurden diese Unterlagen vertieft behandelt; eine einheitliche Auffassung kam nicht zustande.

Im Untersuchungsbericht sind der FDP die vielen Empfehlungen und "kann-Formulierungen" aufgefallen, die nach ihrer Auslegung nicht gerade für Beständigkeit und Überzeugung stehen. Nach den ersten Erfahrungen ist die vorliegende Überprüfung umso mehr gerechtfertigt und angezeigt. Die FDP-Fraktion hält fest und legt Wert darauf, dass es nicht darum geht, den für die Umsetzung der Tempo-30-Zonen Verantwortlichen bei der Stadtpolizei und der Baudirektion in den Rücken zu fallen. Vielmehr geht es darum, die hohe Komplexität dieses Geschäftes sorgfältig abzuwiegen. Nicht Bürokratie, sondern gesunder Menschenverstand und Eigenverantwortung aller Betroffenen sind gefordert. In den Erwägungen der Vorlage unter Punkt 3.2 sind diese Eigenschaften aber auch eine gewisse Kompromissbereitschaft spürbar. Und schon nur, um diese Bereitschaft abzuholen, ist das Postulat unterstützungswürdig. Was für den unteren Strassenabschnitt der Schöneeggstrasse denkbar wäre, könnte in der Folge auch für andere Tempo-30-Strassenabschnitte gelten und künftig herangezogen werden.

Soweit das Stimmungsbild aus der FDP-Fraktion zum vorliegenden Geschäft. Sie tritt darauf ein und ist nicht wunschlos glücklich. Weitere Einwände gibt es bei Detailberatung je nach Verlauf und Reaktionen.

- 2.4. Laut Gemeinderat Andreas Kummer wurde das Thema auch in der CVP-Fraktion kontrovers diskutiert. Allerdings wurde ein Kompromiss gefunden: Tempo 30 ist grundsätzlich gut, aber nur dort, wo es nötig, sinnvoll und verhältnismässig ist. Wenn man sich fragt, ob die getroffenen Massnahmen auch im geeigneten Verhältnis zum erreichten Ziel sind, dann ist das in Ordnung. Wenn man die einzelnen Tempo-30-Zonen anschaut, scheint dies der CVP im Bereich Rebgrasse, Kastelsstrasse eben nicht der Fall zu sein. Wenn man sieht, was passiert, wenn dort mit den baulichen Massnahmen der Bus und die Autos kreuzen, ist dies nicht ungefährlich, vor allem ist es aber sehr ärgerlich. Es wird schlimmer im Winter, wenn Schneehaufen auf der Seite liegen und wegen Schneeräumungsarbeiten noch weitere Fahrzeuge herumstehen. Man muss auch viel mehr markieren, wo die Hindernisse stehen. Es gibt kaputte Schneepflüge, beschädigte Rabatten usw. Das muss man alles auch einbeziehen, wenn man von Rückbaukosten spricht. Es darf nicht sein, dass der tägliche Ärger für die Autofahrer und Anwohner letztlich grösser ist als die Unfallprävention, welche man damit erreichen will. Die CVP hat auch Stimmen von Anwohnern an der Rebgrasse gehört, welche die Massnahmen gar nicht begrüssen. Deshalb hält die CVP das Postulat grundsätzlich für richtig und wird es erheblich erklären.

Sie befürwortet, dass man den Rückbau der Rebgasse und der Kastelsstrasse vornimmt, alle anderen Tempo-30-Zonen beibehält, auf die neuen Tempo-30-Zonen verzichtet (nota bene in der Schöneeggstrasse) und der Gemeinderat jede neue Tempo-30-Zone beschliessen muss. Der CVP erscheint die Verkehrssicherheit im Bereich Schöneeggstrasse als genügend, ebenso an der unteren Kastelsstrasse, wo die Beibehaltung der Tempo-30-Zone nicht sinnvoll ist. In diesem Sinn wird die CVP das Postulat erheblich erklären.

- 2.5. Gemeinderat Urs Wirth staunt manchmal und bewundert die Politiker, welche von sich behaupten können, dass sie am Puls der Bevölkerung politisieren. Beim Votum von Marc Willemin hat man gesehen, wo die SVP Grenchen ihre Wurzel hat. Von der Autopartei scheint immer noch etwas hängen geblieben zu sein, indem immer aus der Sicht der Verkehrsteilnehmer argumentiert wird. Es gibt aber nicht nur die Verkehrsteilnehmer, sondern auch die Anwohner und Benutzer der Infrastruktur neben der Strasse, nämlich die Trottoirs usw. Die gestern eingereichte Petition hat gezeigt, dass eine überaus, speziell im Kastelsgebiet, grosse Akzeptanz für Tempo 30 herrscht. Von 150 angefragten Personen haben lediglich 10 gefunden, dass es Tempo 30 nicht braucht, aus welchen Gründen auch immer. Die Zeit des Vollzugs bis zur Akzeptanz dauert nur kurz. Die Anwohner merken bald einmal, dass die Wohnqualität in diesen Quartieren gewaltig steigt. Dies muss man auch bedenken. Man kann nicht alles über einen Leist schlagen, Sicherheit durch Eigenverantwortung ersetzen und alles nur für die Autofahrer diskutieren. Es geht auch um die Bewohner dieser Quartiere. Die Petition hat gezeigt, dass im Kastelsquartier explizit der Wunsch nach Beibehaltung von Tempo 30 existiert. Wenn die SVP argumentiert, dass Tempo 30 an der Kastelsstrasse Unsinn ist, dann politisiert sie an den Leute vorbei und ist nicht, wie behauptet, am Puls der Bevölkerung.
- 2.6. Laut Gemeinderat Remo Bill nimmt die SP das Thema des Postulats gegen den Langsamverkehr in ihre Wahlagenda 2013 auf! Die SP wird sich auch in der neuen Legislatur für Quartiersanliegen, für Fussgänger und für Velofahrer einsetzen. Es sind Massnahmen zugunsten des Langsamverkehrs notwendig. Das zeigt sich auch in der Resonanzgruppe Planungszone Grenchen Süd. Es hat noch „Nachholbedarf“ in der Stadt Grenchen für die schwachen Verkehrsteilnehmer. Zum Beispiel an der Flughafenstrasse, an der Leimenstrasse, an der Jurastrasse, um nur einige Problempunkte aufzuzeigen.
- 2.7. Marc Willemin präzisiert, dass er nicht von der Autopartei kommt, er war nie Mitglied. Er kommt als Fahrlehrer von der anderen Seite. Für ihn sind alle Verkehrsteilnehmer wichtig, sogar die Fussgänger und die Anwohner. Man hat schon früher von flächendeckenden Tempo-30-Zonen geredet, weil es schon ein wenig viele in Grenchen hat. Er verweist auf das Votum von alt Gemeinderat Ivo Erard (GRB 2759/26.10.2004), das seine Meinung unterstreicht: *„Ivo Erard stellt fest, dass man kaum von einer breit abgestützten Umfrage in der Bevölkerung sprechen kann, wenn eine Petition von 160 Personen unterschrieben wurde. Vielmehr stellt sich die Frage, wie viele nicht unterschrieben haben. Aus einer solchen Unterschriftensammlung ist nicht ersichtlich, ob die Quartierbevölkerung mehrheitlich die Realisierung einer Tempo 30-Zone wünscht. Der Gemeinderat hat die Verantwortung für alle Mitbürgerinnen und -bürger.“*
- 2.8. Claude Barbey betont, dass im Postulat steht, dass die Zonen „Kastelsstrasse“ und „Rebgasse“ in Tempo 50 zurückzubauen sind - also nicht Teile davon!

Er schätzt, dass die Rückbauarbeiten zwischen 65'000.00 und Fr. 75'0000.00 kosten. Wenn der Gemeinderat das Postulat erheblich erklärt, gilt der Vorlaut des Postulats. Auch wenn der Gemeinderat das Postulat heute ablehnt, kann jederzeit der eine oder andere Punkt (z.B. Schöneggstrasse West) angeschaut werden. Rein formell gesehen, muss die Baudirektion den Postulatstext jedoch ernst nehmen, wenn das Postulat heute erheblich erklärt wird.

- 2.9. Gemäss Robert Gerber, Leiter Sicherheits- und Bereitschaftsdienste, passieren Unfälle nicht, sondern sie werden verursacht. Im Jahr 2000 gab es 144 polizeilich aufgenommen Unfälle, im Jahr 2011 noch 88, was einem Tiefenrekord entspricht. Er will das nicht werten, aber er geht nicht davon aus, dass die Grenchnerinnen und Grenchner plötzlich besser fahren. In Grenchen sind die Verkehrsprobleme selbstgemacht. Grenchen ist mit 11'300 immatrikulierten Fahrzeuge nach wie vor die bestmotorisierte Stadt im Kanton. In Olten sind die Zahlen rückläufig, die Stadt Solothurn holt auf. Auch in den so genannten Krisenjahren wurden jährlich rund 174 Fahrzeuge mehr immatrikuliert.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Gemeinderat Ivo von Büren erkundigt sich, ob der Bericht von der gleichen Firma stammt, welche Tempo 30 empfohlen hat. Wenn er der Verfasser des ersten Berichts wäre und ein paar Jahren später den Auftrag erhalten würde, zu prüfen, ob seine Arbeit richtig war, würde er sicher nicht sagen, dass sie falsch war.
- 3.1.1 Gemäss Claude Barbey trifft dies zu und es spricht auch nichts dagegen. Sie hat auch vorgängig das kritische Gutachten erstellt. Es geht nicht nur darum, das Ganze durchzuwinken. Die Firma kennt die Verhältnisse am besten. Ausserdem hatte die Baudirektion kein spezielles Budget, um einen zusätzlichen Bericht erstellen zu lassen. Man hat versucht, die Überprüfung mit wenig Aufwand durchzuführen.
- 3.1.2 Laut Boris Banga hat der Gemeinderat zur Kenntnis genommen, dass die Problematischen Strasse von der Polizei, der BAPLUK und der Baudirektion überprüft werden und dem Gemeinderat Bericht erstattet wird. Ob sie nun Gutachten erstellen lassen oder es alleine machen, spielt für ihn keine Rolle. Entscheidend ist, was in der Vorlage beantragt wurde. Dieser Beschluss ist klar. Wenn die BAPLUK dem Bericht nicht Glauben geschenkt hätte, hätte sie dies äussern sollen. Wenn Ivo von Büren damit nicht einverstanden ist, muss er ein Obergutachten durch eine andere Firma beantragen.
- 3.1.3 Ivo von Büren verzichtet darauf, einen Antrag zu stellen.
- 3.2 Andreas Kummer fragt, ob von den Anwohnern von Tempo-30-Zonen Perimeterbeiträge verlangt wurden.
- 3.2.1 Claude Barbey erklärt, dass man nur bei der erstmaligen Erstellung der Strasse Perimeterbeiträge verlangen kann. Schon bei der Sanierung geht es nicht mehr.
- 3.2.2 Boris Banga ergänzt, dass die Anwohner nur bei einer Neuerschliessung oder einer wesentlichen Verbesserung der Strasse perimeterpflichtig sind. Für alle anderen Massnahmen müssen keine Perimeterbeiträge bezahlt werden.
- 3.3. Wie Boris Banga feststellt, nimmt der Gemeinderat von den Ziffern 6.1 bis 6.3. der Vorlage ohne Gegenstimmen Kenntnis.

3.4. Gemäss Boris Banga ist eine Berichtigung von Ziff. 6.4 nötig („Die beiden mit GRB Nr. 2557 und Nr. 2564 sistierten überparteilichen Postulate (SVP, CVP, FDP, SP) „Rückbau von T30 Zonen auf T50 Zonen, Streichung weiterer T30 Zonen“, werden aufgrund des vorliegenden Postulates als nicht erheblich erklärt.“):

- Das 1. überparteiliche Postulat (SVP, CVP, FDP, SP) „Einhalt der vorgesehenen Tempo 30 Zonen, Rückbau einzelner Tempo 30 Zonen“ wurde nicht erheblich erklärt (GRB 2557/28.02.2012). Der Gemeinderat nahm zur Kenntnis, dass die problematischen Strassen von der Polizei, BAPLUK und der Baudirektion überprüft werden und dem Gemeinderat bis vor den Sommerferien entsprechend Bericht erstattet wird.
- Das 2. überparteiliche Postulat (SVP, CVP, FDP) „Rückbau von T30 Zonen auf T50 Zonen, Streichung weiterer T30 Zonen“ wurde bis zum Vorliegen des Berichts BAPLUK in der gleichen Angelegenheit oder bis spätestens 30. Juni 2012 sistiert (GRB 2564/28.02.2012).

Der Antrag 6.4. in der Vorlage sollte demnach richtig wie folgt heissen: „Das mit GRB Nr. 2564 sistierte überparteiliche Postulat (SVP, CVP, FDP) „Rückbau von T30 Zonen auf T50 Zonen, Streichung weiterer T30 Zonen“ wird aufgrund des vorliegenden Schlussberichtes nicht erheblich erklärt.“

Der Antrag von Baudirektion und BAPLUK auf Nicht-Erheblicherklärung wird mit 8 : 7 Stimmen abgelehnt.

Es ergeht folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat nimmt von denen im Schlussbericht „Einhalt der vorgesehenen Tempo-30-Zonen, Rückbau einzelner Tempo-30-Zonen / Überprüfung der problematischen Strassen / Weiteres Vorgehen“ dargelegten Gefahren- und Verkehrssituationen Kenntnis.
- 4.2. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass bei einem allfälligen Rückbau der bereits bewilligten Tempo-30-Zonen mit maximalen Rückbaukosten in der Höhe von rund Fr. 80'000.00 zu rechnen ist.
- 4.3. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass bei einem allfälligen Rückbau bereits bewilligter, rechtskräftiger Tempo-30-Zonen die Aufhebungen publiziert werden müssen und dass in der Folge mit zahlreichen Einsprachen zu rechnen ist.
- 4.4. Das mit GRB Nr. 2564 sistierte überparteiliche Postulat (SVP, CVP, FDP) „Rückbau von T30 Zonen auf T50 Zonen, Streichung weiterer T30 Zonen“ wird erheblich erklärt.

Vollzug: BD, Stapo

BAPLUK
BD
Stapo

6.2.1 / acs

Fachkommission Schulen Grenchen: Reporting 2011/2012

Vorlage: FKSG/17.10.2012

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Jeannette König, Mitglied Fachkommission Schulen Grenchen, führt aus, fasst die Vorlage kurz zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2. Eintreten

- 2.1. Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann ist das jährliche Reporting der Fachkommission für den Gemeinderat wichtig und wertvoll. Der Inhalt des Reporting ist sehr ausführlich und informativ. Sie zeigt auf eindrückliche Weise auf, wie wichtig die Funktion der Fachkommission innerhalb des Schulsystems in Grenchen ist. Die SP anerkennt auch die Bemühungen der Fachkommission, sich jeweils selbstkritisch zu überprüfen und somit auch offen für Optimierungen und Verbesserungen ist. Die SP-Fraktion nimmt das aktuelle Reporting zur Kenntnis und bedankt sich bei der Fachkommission mit ihren Mitgliedern für den Einsatz im vergangenen Jahr.
- 2.2. Gemäss Richard Aschberger, Ersatz-Gemeinderat, kann die SVP Fraktion den vorliegenden Reportingbericht so akzeptieren. Einzig einen Wunsch hätte sie: Auf Seite 2 des Jahresreportings, 4. Absatz von oben, wird erwähnt, dass man die Überprüfung der Projekte, Geschäfte usw. weiter verbessern kann. Was der SVP hier fehlt, ist eine einsehbare Liste, was denn in dem Zeitraum des Reportingberichtes eigentlich gemacht wurde, also beispielsweise wo wurden Probleme geortet, wurden diese behoben oder sind sie noch pendent usw. Das würde der Politik nämlich einen genaueren Einblick in die Arbeit der Fachkommission geben und so hätte man nicht nur stichwortartig eine Auflistung, was angeschaut wurde, sondern auch, ob das Ganze verbessert wurde oder nicht.
- 2.3. Die FDP, so Gemeinderat Aldo Bigolin ist für Eintreten und nimmt das Reporting zur Kenntnis. Sie hat noch eine Frage: Es ist etwas Unschönes in der Vorlage drin und zwar auf Seite 2 des Jahresreportings, 3. Absatz: „Zurzeit wird die Zeiterfassung noch hauptsächlich als Kontrolle und Misstrauensvotum verstanden und nicht als Steuerungsinstrument für die eigene Arbeit und diejenige des GLSG-Führungsteams.“ Die FDP möchte zu dieser Bemerkung noch mehr Erklärungen.

- 2.4. Gemeinderat Andreas Kummer dankt für das Jahresreporting, das wohltuend kurz ist. Vielleicht in einigen Bereichen zu kurz. Der CVP-Fraktion ist auf Seite 2, 2. Absatz, aufgefallen, dass sich die geplante Einführung einer Software aus Schnittstellen-Gründen Schulen/AIS zeitlich verzögert hat. Hier hätte man noch ein paar Worte einfügen können, welches genau die Gründe waren. Im 5. Absatz steht, dass die FKSG für das Schuljahr 2012/2013 auf eine weitere Professionalisierung des Projektmanagements setzt. Bedeutet das, dass man die Stellenprozente aufstocken muss? Was wird beabsichtigt? Sonst hat die CVP keine Bemerkungen zur Vorlage.
- 2.5. Jeannette König nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:
1. Man befindet sich mitten in einer Entwicklung und es ist unschön, dass man die Ergebnisse und Unterlagen nicht schon vorweisen kann. Sie versteht, dass hier Präzisierungen gewünscht werden. Einige Ergebnisse sind vorhanden; Es wurden Steuerungsinstrumente erarbeitet. So wurde z.B. ein Mehrjahresplan der Projekte geeinsetzt, auf dem genau angegeben ist, wer die Verantwortung trägt, in welchem Zeitraum was erreicht werden soll und wie viel Ressourcen dafür eingesetzt werden sollen. Mit diesem neu erarbeiteten Instrument sollen Projekte gesteuert werden.
 2. Damit Projekte in das Projektmanagement aufgenommen werden können, müssen die Projekte auch klar geplant werden. Man muss ein Soll und verschiedene Schritte erarbeiten. Dies wird heute schon gemacht, aber viel weniger systematisch. Man ist daran, ein entsprechendes Instrument zu erarbeiten: Jeder, der eine Verantwortung für ein Projekt hat, hat einen Projektantrag zu stellen, in dem die Hauptmeilensteinen und der Ressourceneinsatz definiert sind. Dann kann man das Ganze ins übergeordnete Planungsinstrument (Zeitraum über 4 Jahre) aufnehmen und hat damit immer eine Kontrolle, wo das Projekt steht. Die systematische Erfassung der grösseren Projekte wird jetzt an die Hand genommen. Die Professionalisierung kostet nicht mehr Geld.
 3. Betreffend Zeiterfassung ist zu sagen, dass die Schulen nicht auf die gleiche Art wie eine produzierende Firma funktionieren. Es ist neu, dass man von der Steuerung der Schulen redet. Was will man mit welchen Instrumenten steuern? Woran liegt es, wenn man mehr Zeit aufwendet? Ist der Mehraufwand berechtigt oder muss man die Planung korrigieren? Diese Vorgehensweise ist für die Schulen neu. Zuerst dachten die Betroffenen, dass man kein Vertrauen in ihre Arbeit hätte. Man konnte ihnen aber begreiflich machen, dass diese Neuerungen nichts mit Misstrauen zu tun haben, sondern mit einem besseren Projektmanagement. Inzwischen hat man die Zeiterfassungen erhalten. Dies erlaubt jetzt, das Ganze zu analysieren und zu steuern.
- 2.6. Stadtpräsident Boris Banga dankt Jeannette König, Paul Hartmann und Michael Dömer für die geleistete Arbeit.
- Eintreten wird beschlossen.
3. Detailberatung
- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat nimmt den Reportingbericht der Fachkommission Schulen Gren-
chen 2011/2012 sowie die Ausführungen und Schlussfolgerungen zur Kenntnis.

Vollzug: FKSG

FKSG
GLSG

2.0.8 / acs

Schulen Grenchen: Reporting 2011/2012

Vorlage: GLSG/17.10.2012

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Wie Roger Kurt, Vorsitzender Geschäftsleitung Schulen Grenchen, ausführt, erstattet die GLSG dem Gemeinderat jährlich Bericht über die Tätigkeiten der Schulen Grenchen. Die FKSG hat die Geschäftsleitung der Schulen Grenchen damit beauftragt.
- 1.2. Bestandteil des Grundauftrags der Volksschule ist es, der Aufsichtsbehörde periodisch Rechenschaft über die Arbeit an der Schule abzulegen.
- 1.3. Der Reporting-Bericht gibt Auskunft über das Schuljahr 11/12 an den verschiedenen Stufen, in den Schulkreisen, in der Geschäftsleitung und in den schulergänzenden Diensten.

2. Eintreten

- 2.1. Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann wurde kaum eine Verwaltung in der Stadt Grenchen in den letzten Jahren mehr Veränderungen unterworfen als die Schulverwaltung. Die Einführung der geleiteten Schulen und der Start der SEK-Reform in der Oberstufe sind grosse Herausforderungen für alle Beteiligten. Aus heutiger Sicht muss man zugestehen, dass sich der Strukturwechsel, in den Grenchner Schulen, trotz anfänglichen Schwierigkeiten, sehr gut etabliert hat. Vieles ist noch in der weiteren Entwicklung und allfällige Resultate und Schlussfolgerungen können erst später gemacht werden. Die gute Arbeit der Schulverwaltung Grenchen widerspiegelt sich mit diesem vor uns liegendem Reporting. Ein sehr ausführlicher, detaillierter und aufschlussreicher Bericht, welcher früher, zurzeit des Schuldirektorenmodells, nie in dieser umfangreichen Art zur Verfügung stand. Gratulation an die Geschäftsleitung und allen beteiligten Personen. Für den Gemeinderat, als Aufsichtsbehörde, dient das jährliche Reporting sehr. Auf diverse Trends und Entwicklungen kann somit schneller reagiert werden, allfällige Korrekturen und Verbesserungen vorgenommen und umgesetzt werden. Die SP-Fraktion hat das Reporting eingehend diskutiert und verschiedene Themen daraus näher betrachtet. Sie wird in der Detailberatung auf verschiedenen Punkte Fragen und Bemerkungen anbringen. Die SP-Fraktion bedankt sich bei der Geschäftsleitung Schulen Grenchen und sämtlichen an diesem Bericht beteiligten Personen für die gute Arbeit. Sie ist für Eintreten auf das Geschäft.
- 2.2. Die CVP, so Gemeinderat Thomas Marti, nimmt Kenntnis des Reportings der Schulen Grenchen. Ihr fällt auf, dass schon bald über die Hälfte der Schüler in Grenchen fremdsprachiger Herkunft ist. Insgesamt sind die Anschlusslösungen der Abgänger

des 9. Schuljahres Oberstufe erfreulich. Was ihr mehr Sorgen macht, ist die Überalterung der Lehrpersonen. Es muss unbedingt für die Schulen Grenchen junges Lehrpersonal gewonnen werden. Die CVP-Fraktion dankt dem Verfasser und allen beteiligte Personen für das Reporting.

- 2.3. Gemäss Richard Aschberger, Ersatz-Gemeinderat, ist die SVP dieses Jahr mit dem vorliegenden Bericht sehr zufrieden und möchte an dieser Stelle den Verfassern des Berichtes für die gute Arbeit danken. Alle ihre Aufforderungen und Hinweise der letzten zwei Jahre wurden in diesem Bericht berücksichtigt, die Statistiken und Tabellen sind klar und übersichtlich, man kann sich sehr zügig einen Überblick verschaffen. Dazu wurde ihr Wunsch nach der Vergleichbarkeit mit den Vorjahren ebenso erfüllt. Der ganze Bericht war für sie spannend zu lesen und sehr informativ. Sehr viel bleibt ihr also dieses Jahr nicht anzufügen ausser ein paar kurze Bemerkungen: Dass die Schulen unter dem Strich weniger Geld gebraucht haben als budgetiert, freut sie sehr, auch dass die Lehrpersonen mitgeholfen haben beispielsweise beim sparsameren Verbrauch von Materialien. Im Bericht wird die Homepage kurz erwähnt, hier kann er aus eigenen Erfahrungen und Elternrückmeldungen mitteilen, dass die Seite gut funktioniert, übersichtlich ist und dass man sich schnell zurechtfindet und alles funktioniert. So muss es sein, das spart letztlich auch Ressourcen, wenn die Eltern die benötigten Anmeldungen usw. online finden und nutzen können.

Beim Punkt 6.3. (Seite 18) wird ein Konzeptentwurf betreffend „Spezielle Förderung“ erwähnt. Dies begrüsst die SVP sehr, denn so wird einmal auf Papier gefasst, wer wo wie was zu machen hat. Sie hofft darauf, dass dieses Konzept dem Gemeinderat zur Durchsicht vorgelegt wird. Da die spezielle Förderung ja nicht mehr getilgt werden kann, wüsste sie gerne, wie das dann funktionieren soll und wer wie in dem System funktioniert oder funktionieren wird.

Dass die bestehenden fünf Qualitätsmanagementkonzepte zu einem einzigen zusammengeführt werden, begrüsst sie und freut sich, dass es schon ab dem nächsten Schuljahr gilt. Die SVP-Fraktion ist für die Genehmigung des Berichtes.

- 2.4. Im Vergleich zu den Reportings der vergangenen vier Jahre, so Gemeinderat Aldo Bigolin, hat sich das vorliegende Reporting sehr zum Positiven entwickelt. Es gibt eine gute Übersicht, die grafischen Darstellungen sind sehr sauber und verständlich, die Aussagen kurz und prägnant. Insbesondere findet die FDD auch gut, dass zu den verschiedenen Themenbereichen auch ein Fazit mit einem Ausblick wiedergegeben wird, welches letztlich den Schwerpunkt für das nächste Bewertungsjahr darstellen soll. In diesem Sinn nimmt die FDP das Reporting gern zur Kenntnis und dankt der Geschäftsleitung für das Verfassen.

- 2.5. Stadtpräsident Boris Banga dankt dem Gemeinderat für die sehr gute Aufnahme.

- 2.6. Gemäss Jacqueline Bill, Schulleitung Zentrum, ist das Konzept ein Thema, das sich jetzt langsam herauskristallisiert. Es geht noch rund 1,5 Jahre, bis der Kanton die definitive Umsetzung der speziellen Förderung beschliesst. Es läuft alles darauf hinaus aus, dass die Integration der Klein- und Einführungsklassen ab Sommer 2014 Tatsache sein wird. Solange man vom Kanton keine genauen Angaben hat, was für eine Schule in Grenchen Sache ist, ist das alles noch in der Pipeline. Es braucht noch Zeit, aber sie wird ganz sicher mit einer Vorlage in den Gemeinderat kommen. Sobald man alles zusammengetragen hat (spätestens bis zum neuen Schuljahr) und weiss, wie das Ganze in Grenchen umgesetzt werden soll, wird sie den Gemeinderat orientieren.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Seite 6 des Reportings (Entwicklungsprognose Schulen Grenchen basierend auf Statistik 11/12):
- 3.1.1 Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi bezieht sich auf die Statistik in Ziff. 2.2., wo bereits in den Prognosen zu den Kleinklassen und Einführungsklassen rote Nullen stehen. Er möchte davor warnen, da der Versuch noch nicht abgeschlossen ist. Man ist dabei, den Versuch mit der Fachhochschule Luzern seriös auszuwerten. Auf Seite 18 des Reportings ist erwähnt, dass die „Spezielle Förderung“ früher oder später kantonsweit umgesetzt wird. Er macht darauf aufmerksam, dass noch ein Vorstoss im Kantonsrat hängig ist, der genau dies attackiert. Man kann jetzt noch nicht sagen, was bei diesem Versuch herauskommt, sonst hätte man es gleich bleiben lassen können. Er bittet sehr darum, hier die Neutralität zu wahren und zu warten, bis der Entscheid gefällt ist. Sein Wunschentscheid wäre, dass man in den Gemeinden selbst wählen könnte, welche Schiene man fahren will, und nicht kantonsseitig gezwungen würde, weil es doch einige Klassen, Schulen oder Gemeinden gibt, welche da bereits sehr weit fortgeschritten sind. Die Nullen in der Statistik betrachtet er immer noch als provisorisch. Den Entscheid des Kantons nimmt man dann zur Kenntnis, wenn er gefällt wurde.
- 3.1.2 Für Boris Banga ist das sowieso reine Geldverschwendung, wenn man den Versuch 26 Mal durchführt. Er hat in seiner langen politischen Karriere gelernt, dass man je nach Kanton sogar die Kinder anders macht.
- 3.2. Seite 8 (Eingeführte Neuerungen im Übertrittsprozess):
- 3.2.1 Alexander Kaufmann bezieht auf den 1. Absatz. Birgt diese Art von Austauschinformationen nicht auch die Gefahr von Vorurteilen durch die Oberstufenlehrpersonen gegenüber neuen Schülern, da sie sich noch kein persönliches Bild dieses Schülers machen konnten?
- 3.2.2 Laut Roger Kurt war es bis anhin an den Schulen Grenchen Usus, dass eine Schülerlaufkarte weitergegeben wurde. Darauf waren nebst den Noten auch die vorgenommenen Massnahmen und Abklärungen eingetragen. Am Ende der 6. Klasse wurden diese vernichtet und die 7.-Klässler erhielten ein weisses Blatt.
- 3.2.3 Gemäss Boris Banga bekommen die Schüler damit eine neue Chance.
- 3.2.4 Für Roger Kurt ist das Augenwischerei. Er ist der Ansicht, dass die Lehrer in Grenchen auf einem professionellen Niveau arbeiten. Die Oberstufenlehrer müssen wissen, was bereits abgeklärt wurde. Im Schuljahr 11/12 wurde das Instrument der Austauschveranstaltung eingeführt. Der Anlass dient dazu, dass die Primarlehrpersonen der 6. Klassen und die Oberstufenlehrpersonen über gewisse Sachen miteinander diskutieren können (z.B. über das Vorhandensein eines ADHS bei einem Schüler und die diesbezüglichen Abklärungen). Es geht nicht darum, die Schüler zu verunglimpfen, sondern ihnen und allen schulergänzenden Diensten helfen zu können.
- 3.2.5 Anna Duca, Ersatz-Gemeinderätin, weist darauf, dass es wissenschaftlich erwiesen ist, dass die Bewertung des vorherigen Lehrers diejenige des nachfolgenden Lehrers beeinflusst. In einem Experiment wurden die Noten von Schülern in der 4. Klasse vertauscht. Wer gut war, bekam schlechte Noten, und wer schlecht war, hatte gute Noten. Die Lehrperson der 5. Klasse hat dann die Bewertung bestätigt, welche der vorherige Lehrer vorgenommen hatte.

- 3.2.6 Nach Auffassung von Roger Kurt ist das ein altes psychologisches Phänomen. Es geht hier aber nicht um die Bewertung (also um die Frage, ob jemand ein guter oder schlechter Schüler ist) - das könnte man auch im Zeugnis nachschauen - sondern darum, dass die begonnenen Massnahmen weitergeführt werden können. Es soll nicht ein Jahr vergehen, bis einem Lehrer ein Problem auffällt und wieder eine Massnahme ergriffen werden kann. Ziel ist eine kindsgerechte Behandlung der Probleme und keine Stigmatisierung.
- 3.3. Seite 9 (Austritte Oberstufe)
- 3.3.1 Auffallend, so Alexander Kaufmann, ist die Auswahl des kaufmännischen Berufes und der Mangel an technischen Berufen in der Industrie. Gerade hier besteht Handlungsbedarf. Die Ausbildungsplätze der technischen Berufe müssen zukünftig auch den weiblichen Schulabgänger vermehrt schmackhaft und interessant angeboten werden.
- 3.3.2 Die GLSG, so Roger Kurt, ist 100-prozentig dieser Meinung. Mit der SEK I-Reform und den Profilbereichen wird man wieder mehr auf solche Sachen Einfluss nehmen können. Die GLSG steht in engem Kontakt mit dem IHVG.
- 3.3.3 Gemeinderat Ivo von Büren ist aufgefallen, dass die Schulanforderung der Lehrer für handwerkliche Berufe in den letzten 10 Jahren angestiegen ist. Ein Autolehrling braucht heute eine Bezirksschule. Dort sollte man einmal ansetzen und die Anforderungen für handwerkliche Betriebe zurückschrauben. Es braucht keine Bezirksschule, um Schreiner zu lernen.
- 3.3.4 Nach Ansicht von Boris Banga besteht das Problem darin, dass die Berufsschulen und vor allem die eigentlichen Berufsverbände diese Entwicklung fördern. Jeder will einen Professor.
- 3.3.5 Das Augenmerk von Roger Kurt lag immer darauf, was die Sekundarschule Grenchen noch leisten kann. Bisher hatte man Abgänger, welche in allen Berufsbereich arbeiten konnten. Es wird jetzt Interessant, zu wissen, wie das mit der Profilen SEK B und E sein wird. Hier steht man noch im luftleeren Raum. Was dies für die Betroffenen genau bedeutet, wird sich erst in zwei Jahren zeigen.
- 3.4. Boris Banga dankt allen Beteiligten herzlich.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss
- 4.1. Der Gemeinderat nimmt den Reportingbericht der Schulen Grenchen 2011/2012 sowie die Ausführungen und Schlussfolgerungen zur Kenntnis.

Vollzug: GLSG

FKSG
GLSG

2.0.0 / acs

Statistiken und Prognosen aus verschiedenen Schulbereichen der Stadt Grenchen / Genehmigung des Pensenantrages an den Kanton für das Schuljahr 2013/14

Vorlage: GLSG/31.10.2012

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Roger Kurt, Vorsitzender Geschäftsleitung Schulen Grenchen, erläutert anhand von Schaubildern die Vorlage und gibt ergänzende Erläuterungen.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Von den Statistiken, den Ausführungen und Schlussfolgerungen wird Kenntnis genommen.
4.2. Der Pensenantrag an den Kanton wird genehmigt.

Vollzug: GLSG

Beilagen: Schaubilder 1-4

GLSG
FKSG
FV
PA

2.0.9 / acs

Neue Trägerschaft für den Heilpädagogischen Dienst (HPD) / Überführung des HPD in das Sonderpädagogische Zentrum Bachtelen

Vorlage: HPS/29.10.2012

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Urs Wirth, Schulleitung HPS, fasst die Vorlage kurz zusammen.

2. Eintreten

2.1. Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi weist darauf hin, dass der Kanton die Strategie verfolgt, grössere Einheiten zu schaffen. In Olten gibt es die Stiftung Arkadis. Der HPD Solothurn und das Sonderpädagogische Zentrum Bachtelen haben bereits fusioniert. Für ihn ist wichtig, dass der HPD in Grenchen bleibt und nicht abwandert. Die Zusammenlegung macht Sinn. Es hat keine negativen Folgen, es bleibt beim Status quo. Auch finanziell ist das Ganze kostenneutral und es gibt freie Räumlichkeiten für die HPS. Er bittet den Rat, das Geschäft zu unterstützen.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1. Von der geplanten Auslagerung und Überführung des HPD in das Sonderpädagogische Zentrum Bachtelen wird zustimmend Kenntnis genommen.

4.2. Per 01.08.2014 übergibt die Stadt Grenchen die Trägerschaft und die Führung des Dienstes an das Sonderpädagogische Zentrum Bachtelen.

Vollzug: HPS

HPS
FV
PA

2.6.5 / acs